

**Bezirkswahlprogramm der SPD Neukölln
zur Neukölln-Wahl am 20. September 2026**

Mit Haltung, Herz und Verstand.
Für ein starkes Neukölln!

Unsere fünf Schwerpunkte für ein **solidarisches, sicheres und starkes Neukölln:**

1. *Faire Arbeit, starke Wirtschaft - Verwaltung, die hilft!*
2. *Niemanden allein lassen - das Miteinander stärken!*
3. *Teilhabe durch Bildung, Kultur und Sport - für Jung und Alt!*
4. *Bezahlbar wohnen, nachhaltig leben - lebenswert für alle!*
5. *Sicher leben. Vielfalt schützen. Rechts stoppen!*

Neugierig geworden? Hier geht's ins Detail!

1. Faire Arbeit, starke Wirtschaft - Verwaltung, die hilft!	2
Arbeit	2
Wirtschaft.....	3
Verwaltung.....	4
2. Niemanden alleine lassen - das Miteinander stärken!	6
Soziales	6
Kinder und Jugendliche	7
Seniorinnen und Senioren	8
Gesundheit und Prävention	9
Vielfalt, Integration und Antidiskriminierung	10
3. Teilhabe durch Bildung, Kultur und Sport - für Jung und Alt!	13
Schule & Bildung	13
Kultur und Sport.....	15
4. Bezahlbar wohnen, nachhaltig leben - für ein lebenswertes Neukölln!	16
Wohnen & Stadtentwicklung.....	16
Nachhaltiges Neukölln.....	18
Straßen und Verkehr	19
5. Sicher leben. Vielfalt schützen. Rechts stoppen!	21
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und starke Demokratie	21
Sauberkeit und Ordnung	22
Sicherheit.....	23
Kampf gegen Rechts	24

1. Faire Arbeit, starke Wirtschaft - Verwaltung, die hilft!

Ein starkes Neukölln braucht eine verlässliche Verwaltung, gute Arbeit und eine innovative Wirtschaft. Wir wollen eine bürgernahe Verwaltung, die digital, verständlich und serviceorientiert arbeitet. Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf Nachhaltigkeit, Zukunftsbranchen und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Arbeit muss fair bezahlt und sozial abgesichert sein – dafür sorgen wir. Gemeinsam schaffen wir ein wirtschaftlich starkes und gerechtes Neukölln, das allen Chancen eröffnet.

Arbeit

Der Wert von Arbeit ist zentral für die Würde des Menschen. Denn Arbeit ist weit mehr als Geld zu verdienen. Gute Arbeit ist für die allermeisten Menschen der Schlüssel, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsmöglichkeiten in Neukölln ein. Dabei ist für uns immer klar: Gute Arbeit basiert auf schützender Gesetzgebung wie dem Mindestlohn und der Höchstarbeitszeit, auf der wirksamen Durchsetzung dieser Rechte und auf der Organisation der Beschäftigten. Deshalb stehen wir an der Seite der Betriebsräte und Gewerkschaften in unserem Bezirk.

Gerade Frauen arbeiten häufig in schlecht bezahlten Jobs. Die Gefahr von Altersarmut ist bei Frauen erheblich größer als bei Männern. Ganz oft haben Frauen keine Möglichkeit in Vollzeit zu arbeiten, neben ihrem Kümmern um Kinder und Familie. Am härtesten trifft es regelmäßig die Alleinerziehenden. Wir fordern eine gerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. Wir fordern eine massive Eindämmung des Niedriglohnsektors. Arbeit muss sich wieder lohnen.

Oft fehlt es Arbeitssuchenden an Informationen, um selbständig und eigenverantwortlich Jobs zu finden. Wir wollen mehr niedrigschwellige Beratungsangebote über Beschäftigungsmöglichkeiten in Neukölln. Hierfür werden wir eine digitale Plattform mit Arbeitsangeboten in Neukölln voranbringen.

Schulen und Unternehmen müssen stärker vernetzt werden.

Wir fördern frühe Praktika ab 7. - 8. Klasse. Wir unterstützen Ausbildungsbetriebe. Mit dem Einsatz voses Risiko besteht beispielweise bei handwerklichen Tätigkeiten nicht. Wir setzen uns daher dafür ein, dass junge Menschen und insbesondere Mädchen und junge Frauen aktiv ermutigt werden, Praktika und Ausbildungen verstärkt im Handwerk und in MINT-Jobs zu machen.

Menschen mit Behinderung finden noch immer nur schwer einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz auf Dauer. Das liegt oft daran, dass Arbeitgeber die Chancen und Fördermöglichkeiten beim Einsatz von Menschen mit Behinderung gar nicht kennen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Neuköllner Unternehmen proaktiv informiert werden, welche Fördermöglichkeiten und weiteren Vorteile es für den Einsatz von Menschen mit Behinderung in ihrem Unternehmen gibt.

Wir unterstützen die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nach weitestgehender Inklusion insbesondere auch in der Arbeitswelt. Dazu gehören sowohl individuelle als auch institutionelle Förderungen.

Wirtschaft

Neukölln ist ein Bezirk mit starker Wirtschaft. Damit das so bleibt, werden wir den Bereich Wirtschaftsförderung weiter stärken. Angesichts knapper Kassen werden wir noch gezielter als bisher zukunftsweisende Wirtschaftszweige fördern. Hierfür wollen wir eine bezirkliche Fördermittelstrategie für EU-Bundes- und Landesmitteln entwickeln. Ein besonderer Fokus liegt für uns dabei auf Unternehmen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten, wie beispielsweise Kooperativen oder Genossenschaften und einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen – wie beispielsweise der Klimakatastrophe oder der ökonomischen Ungleichheit - leisten.

Die Neuköllner SPD setzt sich aktiv dafür ein, dass Frauen stärker Unternehmen gründen. Hierfür werden die Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung gezielt überprüft. Wir werden uns im Bezirksamt dafür einsetzen, dass sich Unternehmerinnen und Unternehmensgründerinnen stärker vernetzen können.

Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt, Bundesagentur für Arbeit, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Jobcenter etc. weiter ausbauen. Ziel soll sein, Menschen in Arbeit zu bringen und gute Arbeit sicherzustellen. Hierfür wird eine Ansprechperson für die Wirtschaft im Bezirksamt eingesetzt. Die Ansprechperson soll insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, gerade für das Handwerk und für Start-ups zur Verfügung stehen.

Wirtschaftliche Stärke resultiert auch aus Zusammenarbeit mit Unternehmen im Bereich Forschung und Innovation. Wir setzen uns dafür ein, dass Zukunftstechnologien aus Adlershof auch Neuköllner Unternehmen erreichen und bestenfalls gemeinsam entwickelt werden. Unser gemeinsames Ziel ist, die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovationsfähigkeit wirksam zu flankieren.

Die attraktive Gestaltung der Einkaufsstraßen mit Sitzgelegenheiten, Begrünung, Cafés und Geschäften ist ein wichtiges Ziel.

Wir begrüßen es, dass Neukölln in der letzten Wahlperiode Hochschulstandort geworden ist. Wir unterstützen weiterhin die Kooperation zwischen der SRH-Hochschule mit dem im Bezirk – ob Verwaltung, Zivilgesellschaft oder Wirtschaft. Nur mit Innovation können wir den Bezirk und unsere Bürgerinnen und Bürger wirtschaftlich und sozial absichern und resilient gegen Angriffe auf unsere Gesellschaft machen.

Industrie- und Gewerbeflächen wollen wir im Bezirk langfristig sichern, damit Handwerk, Produktion und neue Zukunftsbranchen auch in Neukölln Platz finden. Mit

einem proaktiven Leerstandsmanagement wollen wir die aktive Vermittlung von leerstehenden Gewerbeflächen oder Zwischennutzung ermöglichen.

Ein wichtiger Schritt ist der Abbau unnötiger Bürokratie. Wir wollen alle Anforderungen an Unternehmen und Bürger*innen konsequent auf den Prüfstand stellen und auf das wirklich Notwendige reduzieren. Maßstab dabei ist, ob eine Regelung einen erkennbaren Mehrwert bringt – wenn nicht, gehört sie abgeschafft.

Konkret werden wir die bürokratischen Anforderungen an die Gaststätten-Erlaubnis abbauen. Für die Betriebsaufnahme soll die schriftliche Anzeige ausreichen. So müssen Gaststättenbetreiber*innen nicht monatelang auf die Erlaubnis warten. Dennoch werden wir weiter Kontrollen durchführen – zum Schutz der Mitarbeiter*innen der Gaststätte und der Besucher*innen.

Arbeitszeiterfassung ist eine europaweite Pflicht der Arbeitgeber*innen und dient dem Schutz der Beschäftigten vor Ausbeutung. Wir fordern das Land Berlin dazu auf, verstärkt zu kontrollieren, ob alle Unternehmen – auch das Kleingewerbe – die Arbeitszeit erfassen und für die geleistete Arbeit auch den richtigen Lohn zahlen. Wir werden verstärkt kontrollieren lassen, ob der Mindestlohn gezahlt wird. Wir lassen nicht nach im Kampf gegen Schwarzarbeit. Unser Ziel ist der Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsmöglichkeiten. Bei der Auftragsvergabe soll der Bezirk diese Vorgaben konsequent umsetzen.

Wirtschaft muss nachhaltig sein. Wir wollen Unternehmen fördern, die auf Recycling und Ressourcenschonung setzen. Die Stärkung von regionalen Lieferketten und Produkten ist unser Ziel. Für den Verkauf regionaler Produkte sind Wochenmärkte von unschätzbarem Wert. Wir wollen die die Warenvelfalt und die Attraktivität der Wochenmärkte im Bezirk erheblich steigern und die Marktbetreiber*innen aktiv darin unterstützen.

Verwaltung

Eine funktionierende und bürgernahe Verwaltung ist eine tragende Säule der Demokratie. Wir setzen uns in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin für einen wesentlich verbesserten Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Dienstleistungen der Verwaltung ein. Alle Dienstleistungen des Bezirksamts – nicht nur die Leistungen des Bürgeramts – sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten online verfügbar gemacht werden. Besondere Bedeutung haben für die Bürgerinnen und Bürger die Bereiche der Verwaltung, von denen die für seine Lebensführung notwendigen Zahlungen geleistet werden. Wir werden deshalb vorrangig diese Leistungsabteilungen (wie Wohngeld, Grundsicherung, Sozialhilfe) so verstärken, dass die Zahlungen binnen kurzer Zeit nach dem Vorliegen vollständiger Unterlagen geleistet werden.

Die Verwaltung setzt Gesetze des Parlaments um. Jedes Gesetz eines Parlaments ist nur so viel wert, wie die Verwaltung sie umsetzen kann. Die Umsetzbarkeit von Gesetzesinitiativen prüfen unsere Abgeordneten deshalb selbstverständlich. Eine funktionierende Verwaltung ist also kein Selbstzweck, sondern Rückgrat einer lebendigen Demokratie. Funktioniert die Verwaltung nicht, verlieren die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in unser demokratisches System. Deshalb ist die Modernisierung der Verwaltung eine Aufgabe, die mit dem Beschluss der Verwaltungsreform noch lange nicht abgeschlossen ist. Für die Bezirke ist eine vernünftige Finanzierungsbasis elementar. Wir bekennen uns deshalb zum Globalsummenprinzip der Bezirke. Wir setzen uns aber dafür ein, dass die finanziellen Mittel der Bezirke nicht mehr auf der Medianbudgetierung der Kosten-Leistungsrechnung basieren. Wir stellen fest, dass dieses System bezirkliche Investitionen, bspw. in unsere Schulen, bestraft und Löcher in den Haushalt reißt. Eine Verwaltung, die bezirksspezifische Schwerpunkte setzt, ist unerlässlich für die Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger im demokratischen, politischen Prozess.

Wir wollen Künstliche Intelligenz (KI) bei einfachen, automatisierbaren Verwaltungsvorgängen einsetzen, um Mitarbeitende zu entlasten und Bürger*innen schneller zu unterstützen. Dabei orientieren wir uns an erfolgreichen Best-Practice-Beispielen aus anderen Bundesländern und Kommunen – wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Entscheidend sind für den Einsatz von KI diskriminierungsfreie KI-Richtlinien und eine gute Vorbereitung: Mitarbeitende sollen durch Schulungen und Fortbildungen befähigt werden, die neuen Technologien sinnvoll einzusetzen. So können die Potenziale der Automatisierung konsequent genutzt und die Verwaltung zugleich serviceorientierter, diskriminierungsfrei und effizienter gestaltet werden.

Uns ist bewusst, dass rechtliche Unklarheiten und die Sorge vor Fehlern beim Umgang mit personenbezogenen Daten den Einsatz von KI in der Verwaltung erheblich ausbremsen. Wir sind jedoch bereit, hier mutig voranzugehen, die Nutzung und Produktivitätssteigerung in den Vordergrund zu stellen – und trotzdem dabei die rechtlichen Vorgaben einzuhalten. Wir setzen dabei auf sogenannte Open-Source und wollen uns unabhängiger machen von großen Technologiekonzernen.

Die Kommunikation der Bezirksverwaltung muss verständlich sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Formulare, Schreiben und Informationen auf der Webseite in leichter Sprache formuliert werden. Wir setzen uns für den Einsatz mehrsprachiger KI-basierter Assistenten ein, um Anfragen von Bürger*innen rund um die Uhr zu beantworten.

Verwaltung muss sich kümmern. Wir setzen uns dafür ein, dass Anfragen der Bürgerinnen und Bürger an die Bezirksverwaltung nicht ohne Reaktion bleiben. Hierfür wird die Einrichtung von Service-Bereichen mit multiprofessionellen, zuständigkeitsübergreifenden Teams, mit Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Ämtern geprüft. In Teams sollten niedrigschwellig zu erledigende Anliegen erledigt

werden oder proaktiv Terminangebote für die Anfragenden gemacht werden, schnell passgenaue Lösungen für die Anliegen der Bürger*innen anzubieten.

Das Land Berlin ist ein attraktiver Arbeitgeber. Wir setzen uns dafür ein, dass Verwaltung zeigt, was sie kann. Wir setzen uns dafür ein, dass verwaltungsintern Personalentwicklung und Teambildung aktiv gefördert werden auf Basis des landesweiten Personalentwicklungskonzepts.

Wir wollen die Vielfalt unseres Bezirkes auch auf allen Ebenen unserer Verwaltung sichtbar machen. Wir sind überzeugt, dass eine vielfältige Verwaltung gerechter, bürgernäher und erfolgreicher ist im Umgang mit den Realitäten unseres Bezirks.

Wir setzen uns dafür ein, dass wir in der Verwaltung noch stärker als bisher kreative, pragmatische innovative Lösungen ausprobieren, um die Dienstleistungen der Verwaltung zu verbessern und stärkere Bürgernähe zu schaffen. Wir setzen auf innovative Lösungen, die sich bereits bewährt haben – wie etwa den terminfreien Tag oder das mobile Bürgeramt – und wollen solche Angebote konsequent weiterentwickeln.

2. Niemanden alleine lassen - das Miteinander stärken!

Ein solidarisches Neukölln lebt vom Miteinander – in der Nachbarschaft, zwischen Generationen, Lebensrealitäten und Herkunftsgeschichten. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Bezirk gut, sicher und mit Respekt leben können – unabhängig davon, wie alt sie sind, woher sie kommen oder in welcher Lebenssituation sie sich befinden. Soziale Infrastruktur, Engagement und Unterstützung sollen allen offenstehen, damit niemand allein gelassen wird und alle ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

Soziales

In Neukölln sind viele Menschen von Armut betroffen, so wächst beispielsweise mehr als jedes Dritte Kind in Armut auf. Ein Zustand der für uns nicht zu akzeptieren ist. Gleichzeitig wissen wir, dass wir dieses Problem nicht allein in Neukölln lösen können. Als SPD-Neukölln bekennen wir uns zu mehr Einkommens- und Vermögensgleichheit unter anderem durch stärkere Steuergerechtigkeit. Wo immer wir auf Landes- und Bundesebene dazu beitragen können, die Schere zwischen Arm und Reich zu verkleinern, wollen wir dies tun.

Um das soziale Netz in Neukölln nachhaltig zu stärken, setzen wir uns für die Einrichtung eines Runden Tisches Soziales ein – gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen im Bezirk.

Um Armut wirksam zu begegnen, wollen wir ein sozialräumliches Bezirks-Sozialmonitoring etablieren. Ein regelmäßig aktualisierter Armuts- und

Soziallagenbericht soll es ermöglichen, Unterstützungsbedarfe gezielter zu erkennen und Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie besonders gebraucht werden.

Lebensmittelpunkte und Nachbarschaftsküchen sollen stärker gefördert werden – als solidarische Orte der Essensversorgung, Begegnung und Teilhabe für Menschen jeden Alters.

Gemeinsam mit dem Land Berlin verstärken wir das „Housing First“-Konzept: Obdach- und wohnungslose Menschen sollen schnellstmöglich eine eigene Wohnung erhalten – ohne Vorbedingungen, aber mit begleitender Unterstützung. Wir werden die Notübernachtungen im Bezirk ausbauen – insbesondere durch zusätzliche Tagesangebote – und zugleich das erfolgreiche Projekt der Obdachlosen-Schließfächer dauerhaft fortführen. Wir wollen Menschen ohne Wohnung die Teilnahme an Wahlen ermöglichen.

Wir wissen: Frauen sind von Obdach- und Wohnungslosigkeit oft anders und besonders verletzlich betroffen. Deshalb bauen wir die Unterstützungsangebote für obdachlose Frauen im Bezirk gezielt aus. Die Unterbringung obdachloser und geflüchteter Frauen soll bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Betroffene Frauen in Notlagen werden wir gezielt über bestehende Schutzunterkünfte nur für Frauen informieren - schnell, proaktiv und barrierefrei.

Wir setzen weiterhin auf eine wirkungsvolle Schuldnerberatung und auf Präventionsteams, die bereits bei drohendem Wohnungsverlust eingreifen und helfen.

Auch das Ehrenamt braucht Hauptamt: Wir bekennen uns zur Funktion eines bezirklichen Engagementbeauftragten und zum Neuköllner Engagementzentrum. Auf Landesebene setzen wir uns für die dauerhafte Förderung der Freiwilligenagenturen ein. Stadtteilkoordinationen sollen freiwilliges Engagement gezielt stärken, begleiten und unterstützen. Das Engagementzentrum Neukölln und der Neuköllner Ehrenamtspreis sollen dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden.

Gleichzeitig stärken wir wohnortnahe und niedrighschwellige Sozialberatungsangebote und weiten die aufsuchende Sozialarbeit aus. Besonders in sozial herausfordernden Gebieten wollen wir die Stadtteilkoordination sichern und ausbauen.

Einsamkeit, die immer mehr Menschen betrifft, verstehen wir als gesellschaftliche Herausforderung, der wir mit sozialer Infrastruktur und Begegnungsorten aktiv entgegentreten wollen sowie mit aufsuchenden Projekten, da einsame Menschen diese Orte oft nicht von sich aus besuchen.

Kinder und Jugendliche

Wir wollen die Mitbestimmung junger Menschen im Bezirk stärken – durch Jugendhearings, Beteiligungsformate in den Kiezen und eine engere Anbindung des Kinder- und Jugendparlaments an Verwaltung und Politik. Das Kinder- und

Jugendparlament ist für uns ein wichtiges Sprachrohr junger Menschen – und muss weiter gestärkt werden. Den Schüler*innen-Ehrenamtspreis wollen wir dauerhaft sichern und seine Verleihung im Rahmen der jährlichen Ehrenamtsgala vornehmen und so das freiwillige Engagement junger Menschen in Neukölln stärker sichtbar machen.

Die mobile Jugendsozialarbeit und Streetwork wollen wir ausweiten – insbesondere in belasteten Sozialräumen und an öffentlichen Plätzen. Damit schaffen wir präventive Präsenz und niedrigschwellige Zugänge für junge Menschen, die sonst oft keine Anlaufstelle finden. Wir unterstützen und stärken die Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Oft fest in den Kiezen verwurzelte Institutionen wie Kinder- und Jugendtreffs sind gerade aus herausfordernden Quartieren nicht wegzudenken. Wo immer möglich, werden wir uns gegen Kürzungen bei Trägern in der Kinder- und Jugendhilfe einsetzen.

Sportorientierte Angebote der Jugendarbeit, wie etwa das Engagement von Sport 365 oder von Alba Berlin in der Gropiusstadt, leisten einen wichtigen Beitrag zu Bewegung, Teilhabe und Prävention. Wir unterstützen solche Angebote ausdrücklich.

Wir setzen uns für die Einführung eines Kinderschutzsigels für Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit ein.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume – in der Freizeit, im Sport, in der Kultur und im sozialen Miteinander. Wir wollen uns dafür einsetzen, Sportplätze und Schulhöfe auch nachmittags und am Wochenende geöffnet zu halten. Wir setzen uns für eine Sanierung, Beleuchtung und Beschattung bestehender Sportplätze und für die Schaffung neuer öffentlich zugänglicher Sportstätten ein.

Zugleich wollen wir mehr ‚Dritte Orte‘ schaffen: soziale Treffpunkte jenseits von Schule und Zuhause, die wir im Bezirk gezielt ausbauen und langfristig sichern.

Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, benötigen besondere Aufmerksamkeit. Wir setzen uns daher für eine gezielte und qualifizierte Betreuung traumatisierter Kinder ein.

Familien brauchen verlässliche Unterstützung – gerade in einem sich wandelnden Alltag. Wir setzen uns daher in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin für flexible Kinderbetreuungsangebote ein, insbesondere für Alleinerziehende und Eltern in Schichtarbeit.

Unser Erfolgsprojekt der Stadtteilmütter wollen wir dauerhaft sichern und weiter ausbauen.

Seniorinnen und Senioren

Auch älteren Menschen wollen wir ein selbstbestimmtes und respektiertes Leben in unserer Gesellschaft ermöglichen. Wir setzen uns für die Gleichstellung der Seniorenvertretung mit dem Kinder- und Jugendparlament ein – denn Mitbestimmung kennt kein Alter.

Mobilität im Alter zu erhalten ist uns wichtig und bestärkt uns in unserem Ziel einer barrierearmen Verkehrsplanung. Sitzgelegenheiten, nicht nur an Bushaltestellen, wollen wir ausbauen. Dafür wollen wir unter anderem die Möglichkeit von Sitzgelegenheiten an Baumscheiben prüfen. Wir berücksichtigen dabei auch, dass auch für viele ältere Menschen der motorisierte Individualverkehr ein wichtiges Hilfsmittel zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist.

Bei der Arbeit für Senior*innen ist klar: ältere Neuköllner*innen sind in ihren Interessen genauso vielfältig wie andere Altersgruppen und die Angebote des Bezirks müssen dem gerecht werden. Um dies zu ermöglichen, wollen wir Projekte gemeinsam mit ihnen erarbeiten und nicht für sie.

Damit Teilhabe auch im Alltag gelingt, verlangen wir analoge und niedrighschwellige Zugänge zu Dienstleistungen – für alle, die nicht digital unterwegs sind. Erfolgreiche Projekte wie das Digital-Zebra in unseren Stadtteilbibliotheken wollen wir verstetigen und durch den Ausbau von Seniorenschulungen und Digitallots*innen ergänzen.

Mehrgenerationentreffs sollen als Räume für Begegnung, Bildung und Unterstützung weiter ausgebaut werden – etwa in Stadtteilzentren, Bibliotheken oder in Kooperation mit Schulen. Die Seniorentreffpunkte werden wir erhalten und freie Zeitkapazitäten auch andere Altersgruppen nutzen lassen.

Damit auch ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen ihre Anliegen in der Bezirksverwaltung selbstbestimmt klären können, setzen wir uns für eine konsequent barrierearme Verwaltung ein. Dazu gehören analoge Zugänge, klare Sprache, geschultes Personal und bessere Begleitung durch Behördenprozesse.

Gesundheit und Prävention

In Neukölln fehlt es an Haus- und vor allem Fachärzt*innen. Wir wollen daher alle bezirklichen Möglichkeiten nutzen, mehr Ärzt*innen in den Bezirk zu locken. Wir begrüßen hierbei insbesondere Initiativen, die eine sektorübergreifende Versorgung unter einem Dach anbieten wollen, also beispielsweise verschiedene medizinische oder soziale Fachrichtungen zusammenbringen. In diesem Sinne setzen wir uns für die Einrichtung eines ein weiteres Gesundheitszentrums ein, das Haus- und Fachärzt*innen, psychologische Betreuung, Jugend- und Familienberatung sowie ggf. therapeutische Angebote zusammenbringt. Wir unterstützen Konzepte zur sektorübergreifenden Versorgung.

Wir freuen uns, dass unser Einsatz zum Erhalt des Gesundheitszentrums Gropiusstadt erfolgreich war, und setzen uns weiterhin dafür ein, dass dieser zentrale Anlaufpunkt der Gesundheitsversorgung in Südneukölln dauerhaft bestehen bleibt.

Wir fordern ein bezirkliches Gesundheitsmonitoring, um frühzeitig auf Entwicklungen bei psychischer Gesundheit, Suchterkrankungen oder Infektionsgeschehen reagieren und zielgerichtete Maßnahmen ergreifen zu können. Wir stärken die Kapazitäten der

Kältehilfe und sorgen für passgenaue Unterstützungsangebote für Menschen mit Suchtproblemen.

Wir unterstützen den Neuköllner Hitzeschutzplan, wirken an seiner kontinuierlichen Umsetzung mit und werden ihn ggf. durch klimawandelbedingte notwendige Anpassungen ergänzen und weiterentwickeln, um vulnerable Bürgerinnen und Bürger (chronisch Kranke, Kleinkinder, Schwangere und Obdachlose) so gut es geht zuschützen.

Die psychosoziale Versorgung im Bezirk wollen wir durch niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote stärken – insbesondere für belastete junge Menschen, Alleinerziehende und Ältere.

Drogenpolitik ist für uns Teil des Gesundheitsbereichs. Wir wollen öffentlichen Drogenkonsum einschränken, Suchterkrankten helfen und Beschaffungskriminalität bekämpfen. Wir bekennen uns daher zu einer aufsuchenden, akzeptierenden und menschenzentrierten Drogenpolitik und wir unterstützen die Forderung nach einer landesweiten Drogenkonsumstrategie. Dafür wollen wir Drogenkonsumräume ausbauen und mobile Drogenhilfe – etwa durch Drogenbusse oder aufsuchende Teams – weiter stärken. Auch die Öffnungszeiten des Drogenhilfeangebots „Fixpunkt“ sollen erweitert und bei potentiellen Klient:innen bekannter gemacht werden. Begleitend soll die aufsuchende Drogenarbeit mit einem Fokus auf Aufklärung und den Schutz Dritter vor Gefahren durch Spritzen gestärkt werden.

Wir stärken die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes mit verpflichtenden Schulungen, damit Spritzen im öffentlichen Raum zuverlässig und sicher entfernt werden können. Eltern, Kinder und Jugendliche dürfen keinesfalls Gefahr laufen, sich an Spritzen selbst zu verletzen.

Wir wollen im Bereich Drogenhilfe enger mit Sozialarbeitenden, Ehrenamtlichen und auch ehemals Konsumierenden zusammenarbeiten, um praxisnahe Lösungen zu entwickeln. Wir fordern nach dem Vorbild Zürich klar definierte Orte, an denen Drogenkonsum unter Aufsicht möglich ist und gleichzeitig Beratung angeboten wird. Zugleich wollen wir konsumfreie öffentliche Räume durch konsequentes Handeln sichern.

An Brennpunktschulen brauchen wir eine stärkere Drogenprävention – mit konkreten Programmen und enger Zusammenarbeit zwischen Schulen, Bezirksgesundheitsdiensten und Jugendhilfe.

Vielfalt, Integration und Antidiskriminierung

Neukölln ist gelebte Vielfalt. Das Miteinander in unserer vielfältigen Gesellschaft im Bezirk ist eine Erfolgsgeschichte. Vor Herausforderungen im Miteinander verschließen wir nicht die Augen, benennen Probleme und entwickeln gemeinsam Lösungen.

Wir treten jeder Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen, besonders antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus nehmen wir dabei in den Blick. Unsere Bezirkspolitik ist zugewandt, empathisch und dialogbereit. Wir treten jeder Form von Rassismus und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Neukölln soll ein sicherer Ort für alle Menschen sein – ohne Angst, Ausgrenzung oder Hass.

Neukölln lebt von seiner Vielfalt – selbst wenn demokratiefeindliche Kräfte versuchen, dies zu gefährden. Unser Bezirk zeichnet sich durch eine beeindruckende Bandbreite an Lebensentwürfen aus: ob Herkunft, Ethnie, Sexualität oder Identität – von Nord- bis Südneukölln gedeihen unterschiedlichste Lebensmodelle, auf die wir zurecht stolz sind. Diese Vielfalt prägt das gesamte Stadtbild des Bezirks. Internationale Geschäfte, queere Ausstellungen und traditionelle Feste haben gemeinsam unsere einzigartige Kultur geschaffen. Doch Vielfalt bedeutet auch Verantwortung: Als Politik und Gesellschaft tragen wir die Pflicht, nicht nur nebeneinanderher zu leben, sondern miteinander. Das friedliche Zusammenleben so unterschiedlicher Menschen funktioniert nur durch gegenseitigen Respekt und Dialog – besonders wenn das Verständnis füreinander herausgefordert wird. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie fragil unser Zusammenhalt sein kann, aber auch, wo es bereits gelingt und wo der Bezirk noch Brücken bauen muss.

Neukölln beheimatet die größte palästinensische Community Berlins, dennoch fehlen Projekte, die diesen Stimmen Raum geben. Wir setzen uns für regelmäßige Dialogveranstaltungen zwischen Bezirksamt, Landesebene und palästinensischen Vereinen ein. Diese Gespräche sollen den Austausch verbessern und gemeinsame Projekte in Bereichen wie Jugendarbeit, Kultur und Antidiskriminierung fördern.

Neukölln muss ein Bezirk bleiben, in dem jüdische Menschen in ihrer Vielfalt sicher leben und arbeiten können. Daher unterstützen wir die Fortführung des gemeinsamen Chanukka-Fests im Rathaus sowie den polizeilichen Schutz jüdisch geführter Einrichtungen wie des Bajszel. Mit dem runden Tisch gegen Antisemitismus hat der Bezirk einen wichtigen Begegnungsraum geschaffen, dessen Dialog fortgesetzt werden muss. Auch im Zuge propalästinensischer Demonstrationen haben antisemitische Vorfälle besorgniserregend zugenommen. Friedensdemonstrationen dürfen nicht zur Verbreitung von antisemitischem Gedankengut genutzt werden.

Internationale Konflikte wirken sich unmittelbar auf Bezirke wie Neukölln aus. Wir stellen uns dieser Verantwortung: Es braucht mehr Projekte, die Austausch und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Communities ermöglichen. Besorgniserregend ist nicht nur die Zunahme antisemitischer Vorfälle, sondern ein Anstieg menschenfeindlicher Übergriffe in nahezu allen Bereichen: antimuslimische, rassistische und queerfeindliche Attacken nehmen seit Jahren zu. Nachdem im Jahr 2025 erstmals ein Bericht zu rechtsextremen Aktivitäten in Neukölln erstellt wurde,

fordern wir die Entwicklung einer langfristigen Gesamtstrategie gegen den zunehmenden Rechtsruck und demokratiefeindliche Handlungen, die als Wegweiser für mindestens die kommenden fünf Jahre dienen soll.

Neukölln ist die Heimat aller großen Religionsgemeinschaften ebenso wie von Menschen ohne religiöses Bekenntnis. Wir fördern die direkte Zusammenarbeit mit allen Religionsgemeinschaften ebenso wie den interreligiösen Dialog und wir unterstützen im Land Berlin den Ausbau der Humanistischen Hochschule. Aktuell wachsen besonders einige muslimische Gemeinde - teilweise über die Kapazitäten der bestehenden Moscheegebäude hinaus. Wir werden mit den Gemeinden und der Nachbarschaft Nutzungs- und Verkehrskonzepte finden, die der Zahl an Moscheebesucher:innen gerecht wird. Wir freuen uns darüber, dass mit dem Sri-Ganesha- Hindu-Tempel in der Hasenheide auch der zweite hinduistische Tempel Berlins seine Heimat in Neukölln findet. Religiöse Feste laden auch dazu ein, die Solidarität in unserem Bezirk zu stärken. Deshalb führen wir die erfolgreiche Wunschbaum-Aktion im Neuköllner Rathaus in der Vorweihnachtszeit fort und sammeln so Weihnachtsgeschenke für aktuell 7.000 Kinder.

Die wachsende queere Szene in Neukölln zieht neue Einrichtungen und Besucher:innen an – diese gilt es zu schützen! Es ist nicht hinnehmbar, dass die queere Jugendeinrichtung Qube seit Jahren Ziel queerfeindlicher Angriffe ist oder dass queere und insbesondere Trans-Personen auf der Straße attackiert werden. Neukölln darf sich davon nicht einschüchtern lassen. Sicherheit bedeutet auch, für ausreichende Finanzierung und Förderung dieser Einrichtungen einzutreten. Schutzräume dürfen weder vor rechten Angriffen noch vor finanziellen Herausforderungen kapitulieren. Vielfalt ist kein Selbstläufer, sondern erfordert kontinuierliche Arbeit und Verantwortungsübernahme. Wir stellen uns dieser Aufgabe und kämpfen für ein inklusives Miteinander, das alle Menschen einschließt.

Begegnung ist der Schlüssel zum Zusammenhalt. Wir wollen den nachbarschaftlichen Austausch stärken und unterstützen den Ausbau von Kiezgruppen nach dem Vorbild der Gropiusstädter BewohnerVertretung (GBV), bei denen sich Nachbar*innen mit Hilfe der hauptamtlichen Stadtteilkoordination ehrenamtlich für ihren Kiez einsetzen, Feste organisieren und Projekte für ein besseres Miteinander gestalten.

Für eine diskriminierungsfreie und zugängliche Verwaltung braucht es mehrsprachige Kommunikation, qualifizierte Dolmetscherdienste und ausreichend Übersetzungsbudgets – damit Informationen, Beratungen und Hilfeleistungen für alle Menschen unabhängig von Herkunft und Sprachkenntnissen verfügbar sind. Deshalb fordern wir den Ausbau von Dolmetscher*innenpools sowie die verbindliche Verankerung mehrsprachiger Angebote in Behörden und Sozialberatungen. Zugleich wollen wir die interkulturelle Öffnung der Verwaltung aktiv vorantreiben – durch Schulungen für Mitarbeitende, diversitätssensible Ansprache und klare Standards in der Öffentlichkeitsarbeit.

3. Teilhabe durch Bildung, Kultur und Sport - für Jung und Alt!

Bildung, Kultur und Sport sind der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und für ein selbstbestimmtes Leben. Wir wollen, dass alle Menschen in Neukölln – ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – die besten Chancen haben, zu lernen, sich zu entfalten, Neues zu entdecken und aktiv zu sein – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Neukölln soll ein Ort sein, an dem starke Schulen, offene Kultur- und Sportangebote sowie vielfältige Freizeitmöglichkeiten allen offenstehen und unser Zusammenleben bereichern.

Wir setzen uns für eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Museen, Sportvereinen, freien Trägern, Bibliotheken und der sozialen Arbeit ein. Soziale Einrichtungen, Vereine und demokratische Parteien sollen bezirkliche Räume kostenfrei nutzen können – denn Engagement für das Gemeinwohl darf nicht an Mietkosten scheitern.

Schule & Bildung

Wir glauben, dass Schlüssel zum sozialen Aufstieg nur eine chancengerechte Bildung für alle sein kann, diese ist aber noch keine Realität. Für dieses Ziel werden wir uns in allen Bildungsphasen einsetzen – im Bezirk und darüber hinaus. Deshalb setzen wir uns für konkrete Verbesserungen in allen Bildungsphasen ein. Frühkindliche Bildung wollen wir qualitativ ausbauen, um allen Kindern einen besseren Start zu ermöglichen. Dazu setzen wir uns für bessere Betreuungsschlüssel und eine Kita-Pflicht für die letzten zwei Kita-Jahre ein. Auch frühe Sicherheit und Bewegung sind wichtig: Deshalb fordern wir eine Stärkung von Schwimmeingewöhnung in der Kita sowie eine frühzeitige Verkehrserziehung, etwa durch Fahrrad- und Laufradunterricht schon im Kita-Alter.

Wir stehen zum gebundenen Ganztags und wollen, dass alle Schulen zum Abitur führen können. Schulhöfe sollen zu lebendigen Lern- und Lebensräumen bis in die Wohngebiete hinein entwickelt werden. Allen Neuköllner Oberschulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe wollen wir eine Perspektive bis zum Abitur eröffnen – entweder durch Schulverbünde oder durch gezielte Erweiterungen. Unser Ziel ist, dass dies an allen betroffenen Standorten bis zum Ende der Legislatur umgesetzt wird.

Wir wollen die Zahl der Schüler*innen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, langfristig auf null reduzieren. Dafür braucht es gezielte Unterstützung an den Schulen sowie enge Kooperationen mit Jugendhilfe und außerschulischen Angeboten. In herausfordernden Sozialräumen setzen wir uns für kleinere Klassen ein, um intensiver fördern zu können. Die Gegenfinanzierung muss durch das Land Berlin erfolgen, wenn die gesetzlichen Spielräume genutzt werden.

Gemeinschaftsschulen sollen weiterentwickelt und durchgängig von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II gleichzugig gedacht werden. Auersschulische Bildungsangebote, Kooperationen zwischen Schule, Bibliotheken, Musikschule und Trägern, sowie der Aufbau einer staatlichen Hochschule in Neukölln und eine moderne berufliche Bildung gehören ebenfalls zu unseren Zielen.

Die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in die Schulen wollen wir gezielt fördern – mit Sprachförderung, Willkommensklassen und zusätzlicher Unterstützung für die Lehrkräfte. Ebenso wichtig ist für uns eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern: Schulen sollen Orte sein, an die Eltern gebunden sind und an denen sie aktiv in das Schulleben eingebunden werden.

Das Neuköllner Campus-Modell – wie am Rütli-Campus und am Campus Efeuweg – ist ein berlinweit anerkanntes Erfolgsmodell. Wir setzen uns dafür ein, es dauerhaft abzusichern und gezielt weiterzuentwickeln. Der Ausbau von inklusiven Schwerpunktschulen, die gebührenfreie Bildung von Anfang an und eine Turbosanierung maroder Schulen sind für uns zentrale Ziele. Zu gebuhrenfreier Bildung gehört zu uns auch das kostenlose Essen in Kitas und Schulen. Bei der Sanierung und bei Schulerweiterungen darf der Denkmalschutz nicht zur Bildungsbremse werden. Wir bekennen uns dazu, auch weiterhin als Bezirk in die Sanierung und Instandhaltung unserer Schulen zu investieren. Schulschlieungen aus Spargründen lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir fordern die stärkere Verknüpfung von Kita und Schule, um Übergänge besser zu gestalten und Kinder bestmöglich zu fördern.

Mit dem Ausbau von Campusschulen wollen wir Orte schaffen, an denen Bildung, Betreuung und Freizeitangebote zusammenkommen. Unsere Schulen sollen sicher, sauber und gut ausgestattet sein. Wir setzen auf längeres gemeinsames Lernen in integrativen und inklusiven Strukturen.

Auch die Rahmenbedingungen drumherum sind entscheidend: Das kostenfreie Schülerticket wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin auf den Tarifbereich C ausweiten. Der Schülerhaushalt soll als wichtiges demokratisches Element dauerhaft gesichert werden. Familienzentren an Schulen wollen wir stärken und weiter ausbauen, damit Eltern und Kinder vor Ort umfassend unterstützt werden.

Politische Bildung beginnt früh – und wir wollen, dass sie alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Demokratiepadagogik und autoritatskritische Kompetenzen sollen in den Schulen strukturell verankert werden. Die Landeszentrale für politische Bildung soll als Partner dabei gestärkt werden. Wir setzen uns weiterhin für die Unabhängigkeit der Landeszentrale ein.

Wir setzen uns auf der Landesebene dafür ein, dass das Fach Ethik in seiner jetzigen Form erhalten bleibt: als Pflichtfach der 7.–10. Klassen an allen allgemeinbildenden Schulen, unabhängig davon, ob zusätzlich Religionsunterricht besucht wird.

Zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen fördern wir Mentoringprogramme und das Talentescouting.

Eine Bildungsmesse, bei der sich die weiterführenden Schulen vorstellen, soll dem Informationsbedarf der Eltern und Kinder hinsichtlich der Wahl der Schule entgegenkommen.

Kultur und Sport

Kultur verbindet uns – deshalb setzen wir uns für einen starken, vielfältigen und offenen Kulturstandort Neukölln ein. Wir wollen die Neuköllner Kulturmeile entlang der Karl-Marx-Straße bis zum Alfred-Scholz-Platz weiterentwickeln und dabei zentrale Einrichtungen wie die Neuköllner Oper und den Heimathafen im Saalbau als kulturelle Ankerpunkte besonders stärken.

Eine lebendige und kritische Erinnerungskultur liegt uns am Herzen. Mit dem Museum Neukölln haben wir einen Standort einzigartiger erinnerungsgeschichtlicher Arbeit. Wie auch für das Museum Neukölln, fordern wir generell kostenfreie Museumsbesuche für alle, um den Zugang zu kultureller Bildung unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen.

Die Umbenennung von Straßen und Plätzen ist Teil der Erinnerungskultur. Wir setzen uns daher für partizipative und bürger*innenfreundliche Umbenennungsprozesse ein. Wir begrüßen die Entfernung des sogenannten ‚HereroSteins‘ vom Garnisonsfriedhof und setzen uns für eine kritische und partizipative Umgestaltung des gesamten Friedhofs in enger Zusammenarbeit mit Schwarzen Organisationen ein.

Wir setzen uns für einen Ausbau der öffentlichen Kultur- und Sporteinrichtungen ein. Dafür zählen für uns auch die Ausweitung der Öffnungszeiten von Stadtteil- und Schulbibliotheken, sowie von öffentlichen Schwimmbädern.

Wir setzen uns für das Gemeinschaftshaus ein, das als kultureller Treffpunkt geöffnet und gestärkt werden soll. Aufsuchende Kulturarbeit (z. B. Vorlesen auf Spielplätzen) und die Förderung lokaler Kunst- und Kulturschaffender – darunter auch kreative Formate wie eine „Graffiti Wall of Fame“ – wollen wir gezielt unterstützen.

Die Club- und Nachtkultur ist fester Bestandteil des Neuköllner Lebensgefühls. Wir wollen sie als kulturellen Ort der Begegnung und Vielfalt schützen – durch klare Rahmenbedingungen, Unterstützung beim Lärmschutz und Bestandssicherung sowie durch die Anerkennung als Teil unserer Kulturlandschaft.

Darüber hinaus stärken wir die kulturelle Vielfalt im Bezirk: Die Musikschule, die kommunalen Galerien, das Museum, die Bibliotheken und die Volkshochschule wollen wir finanziell absichern und als Orte des lebenslangen Lernens fördern. Formate wie

das Festival *48 Stunden Neukölln* prägen unser kulturelles Leben und sollen unbedingt erhalten bleiben.

Niedrigschwellige und vielfältige Angebote im Bereich Kunst und Kultur sollen vor allem auch im Süden Neuköllns ausgebaut werden.

Sportvereine sind wichtig für unsere Gesellschaft und ihren Zusammenhalt. Sie bringen Struktur, Verbindlichkeit und Freude in das Leben vieler Kinder und Jugendlicher. Deshalb unterstützen wir die enorme soziale, ehrenamtlich getragene, Leistung der Neuköllner Sportvereine und setzen uns weiterhin für niedrigschwellige und inklusive Angebote ein.

Wir wollen die Kooperation von Schulen und Sportvereinen ausbauen. Durch gemeinsame Nutzung von Räumen und Sportflächen sollen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, unterschiedliche Sportarten kennenzulernen – ähnlich einem ‚Instrumentenkarussell‘ im Sport. Mit einem ‚Tag des Neuköllner Sports‘ wollen wir den Breitensport sichtbar machen und Vereine besser mit Schulen vernetzen. Wir wollen den Bezirkssportbund als zentralen Vernetzungspartner für Schulen, Vereine und Verwaltung stärken.

Wir wollen Frauen und Mädchen im Vereinssport aktiv und strukturell fördern – durch gezielte Unterstützung von Vereinen, Förderprogrammen und Gleichstellungsmaßnahmen. Wir wollen die Neuköllner Sportvereine nachhaltig unterstützen und neue Sportflächen schaffen – für mehr Bewegung, Teilhabe und Chancengleichheit im Sport.

4. Bezahlbar wohnen, nachhaltig leben - für ein lebenswertes Neukölln!

*Neukölln muss für alle lebenswert sein – bezahlbar, nachhaltig, gesund und zukunftsfähig. Wir stehen an der Seite der Mieter*innen und kämpfen gegen Verdrängung und Spekulation. Gleichzeitig setzen wir auf eine nachhaltige Stadtentwicklung, die Wohnraum, Grünflächen und Infrastruktur klug miteinander verbindet. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem sich alle Menschen zuhause fühlen, sicher bewegen können und von einer hohen Lebensqualität profitieren – heute und für kommende Generationen.*

Wohnen & Stadtentwicklung

Wir stehen an der Seite der Mieter*innen und machen uns dafür stark, dass Wohnen in Neukölln für alle bezahlbar und sicher ist. Hierfür setzen wir in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin unter anderem auf die Vergesellschaftung von Wohnraum, das Vorkaufsrecht und den gezielten Rückkauf privater Bestände. Mietenspekulation und Profitgier wollen entschieden bekämpfen, dafür braucht es mehr Mittel - finanziell und regulatorisch vom Bund und Land. Und um der zunehmenden Wohnraumknappheit entgegenzuwirken, braucht es bezahlbaren Neubau.

Für gutes kommunales Wohnen setzen wir uns für die Einrichtung eines Runden Tisches ‚Kommunales Wohnen‘ zwischen dem Bezirksamt und den landeseigenen Wohnungsunternehmen ein. Ziel sind verbindliche, kiezspezifische Vereinbarungen zu Service, Sauberkeit, Hausmeisterdiensten und zum Schutz der Mieter*innenrechte.

Wir werden den bestehenden Milieuschutz auch künftig verlängern und auf weitere Gebiete ausdehnen. Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz für Wohnraum werden wir stärker durchsetzen. Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wann immer es geht weiterhin anwenden.

Um es Bürger*innen leichter zu machen, eine geeignete Wohnung zu finden, wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin den Wohnungstausch unter Mitnahme der meist vergleichbar günstigeren Quadratmeterpreisgrundmiete unterstützen. Hierbei ist eine Prüfung der Mieten zu dokumentieren und die günstigere Miete zu gewähren.

Im Sinne eines sozialen und ökologischen Wohnungsneubaus setzen wir weiterhin bevorzugt auf Genossenschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften. Wir begrüßen auch künftig innovative Bauprojekte wie zum Beispiel das Bauen auf Supermarktgrundstücken. Die ÖPNV-Infrastruktur muss beim Bauen mitgedacht werden.

Wir unterstützen Mieter*innen in Neukölln mit einer aufsuchenden Mieter*innenberatung, die direkt vor Ort auf Probleme eingeht und schnelle Hilfe ermöglicht. Um sicherzustellen, dass Wohnungsmisstände beseitigt werden, stehen wir für eine konsequente Wohnungsaufsicht, die an der Seite der Mieter:innen durchgreift. Dazu greifen wir gezielt Beschwerden wie aus der Weißen Siedlung auf und fordern, dass dringend notwendige Instandhaltungen notfalls vom Land Berlin vorgenommen und den Vermieter:innen in Rechnung gestellt werden. Wohnungsunternehmen, die gegen die Bedürfnisse ihrer Mieter:innen arbeiten, dürfen damit nicht durchkommen.

Für uns ist klar: Besondere Quartiere brauchen besondere Unterstützung. Großwohnsiedlungen, Quartiersmanagementgebiete und Programme der Sozialen Stadt müssen deshalb gezielt gestärkt werden. Gemeinsam mit dem Land Berlin setzen wir uns dafür ein, dass das Landessonderprogramm für Großwohnsiedlungen dauerhaft gestärkt und sinnvoll mit den bestehenden Quartiersmanagement-Strukturen verzahnt wird. Ziel ist es gerade in unseren Großwohnsiedlungen, die Zusammenarbeit mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen, dem Ordnungsamt, der BSR und der Polizei vor Ort zu intensivieren, die Sauberkeit zu erhöhen, Grünanlagen, Spielplätze und Freizeitstätten zu verbessern und klimaresilient umzubauen. Gleichzeitig wollen wir die soziale Infrastruktur und die Jugendarbeit vor Ort ausbauen, die Mieter*innen stärker beteiligen und öffentliche Plätze so gestalten, dass sie mehr Aufenthaltsqualität bieten.

Wir setzen uns in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin für eine dauerhafte und nachhaltige Lösung des Grundwasser-Problems im Rudower Blumenviertel ein. Für uns ist klar: Das wird nicht ohne die Wiederinbetriebnahme des Wasserwerks Johannisthal funktionieren, deshalb setzen wir uns für ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren ein.

Die Aufenthaltsqualität und Klimaresilienz öffentlicher Plätze wollen wir durch Begrünung, Entsiegelung und mehr Schattenplätze deutlich verbessern. Der Erhalt des Tempelhofer Feldes ist für uns essentiell um den Auswirkungen der Klimakatastrophe zu begegnen, eine Weiterentwicklung, die vom Ergebnis des Volksentscheides abweicht, bedarf einer erneuten Befragung der Berlinerinnen und Berliner. Die Bebauung des Tempelhofer Feldes ist durch den Volksentscheid von 2014 ausgeschlossen. Eine Änderung des Tempelhofgesetzes setzt für uns eine Entscheidung der Berliner*innen voraus. Wenn eine Randbebauung erfolgen würde, sollten ausschließlich städtische Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften oder gemeinwohlorientierte Träger Wohnungen und soziale Infrastruktur angesichts der Klimakrise unter Einhaltung ökologischer Standards und ressourcenschonender Bauweise bauen dürfen.

Mit einer Gewerbemietpreisbremse wollen wir unter anderem auch soziale Einrichtungen und Kleingewerbe unterstützen. Wir befürworten ausdrücklich die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels.

Nachhaltiges Neukölln

Wir setzen uns für Nachhaltigkeit und Klimaresilienz ein. Den Folgen der Klimakatastrophe begegnen wir mit Maßnahmen zur Erhöhung der Klimaresilienz im Bezirk: Wo immer möglich, werden wir für die Entsiegelung und Begrünung öffentlichen Raums sorgen. Im Einklang mit dem Solargesetz Berlin unterstützen wir Dachbegrünung. Wir werden Grünflächen klimaresilient und biodivers gestalten und Kleingärten als wichtige Erholungsorte und „grüne Lunge“ sichern. Wir setzen uns für den Erhalt und die Neubepflanzung von Straßenbäumen ein.

In der Bezirksverwaltung gehen wir mit gutem Beispiel voran: Wir werden Nachhaltigkeit bei Genehmigungsverfahren priorisieren und zum Kriterium für Beschaffungen im Bezirksamt machen. Auf öffentlichen Gebäuden werden wir vermehrt Solaranlagen installieren. Spielplätze, öffentliche Plätze und Erholungsräume wollen wir klimaresilient umgestalten, entsiegeln und mit Bäumen oder Sonnensegeln verschatten. Wir setzen uns für ein Hitzeschutzkonzept für vulnerable Gruppen wie kleine Kinder, Seniorinnen und Senioren und Schwangere ein.

Repair-Cafés und Tauschmärkte schonen nicht nur Geldbeutel und Umwelt, sondern verbinden auch die Menschen im Bezirk. Deshalb unterstützen wir ihre Ausweitung.

Beratungsangebote zum Energiesparen und zur Nachhaltigkeit wollen wir ausbauen.

Wir wollen unsere Grünflächen mit intelligenten Beleuchtungssystemen ausstatten, die Sicherheit erhöhen und zugleich Energie sparen und Insekten schonen. Mit dem Konzept der "Schwammstadt Neukölln" fördern wir eine klimaresiliente Stadtgestaltung, die Regenwasser besser nutzt und Überflutungen vorbeugt. Für Menschen, die von der Grundwasserproblematik betroffen sind, setzen wir uns für nachhaltige und langfristige Lösungen ein.

Wir unterstützen Patenschaftsmodelle für Grünflächen. Mit Null-Müll-Neukölln führen wir eine erfolgreiche Kampagne weiter fort, die Bürger*innen für Sauberkeit und Müllvermeidung sensibilisiert und ihnen Handlungsmöglichkeiten vermittelt. Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die Reinigungsfrequenz in Neukölln erhöht wird, hier fordern wir auch mehr Transparenz und eine Berücksichtigung u.a. der hohen Bevölkerungsdichte in unseren Kiezen.

Die Asiatische Tigermücke wie auch andere invasive Arten sind inzwischen auch in Neukölln angekommen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, ihre Ausbreitung konsequent zu kontrollieren und durch Aufklärung – insbesondere bei Kleingärtner/innen und Hobbygärtner/innen im Umgang mit Wasserentnahmestellen – einer weiteren Verbreitung vorzubeugen.

Straßen und Verkehr

Ein Leitprinzip unserer Verkehrspolitik ist die „Vision zero“, das heißt: Kein Mensch soll im Straßenverkehr zu Tode kommen oder schwer verletzt werden. Wir treten weiterhin für eine konsequente Umsetzung des Berliner Mobilitätsgesetzes ein und denken alle Verkehrsteilnehmer*innen im Bezirk mit.

Wir setzen uns für sicheren Fußverkehr ein. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherheit sowie eine ausreichende Straßenbeleuchtung. Ein sicheres Überqueren von Fahrbahnen muss möglich sein, dazu gehören auch Bordsteinabsenkungen.

Kiezblocks haben sich als erfolgreiches Konzept zur Reduzierung von Unfällen erwiesen, daher wollen wir ihre Umsetzung gemeinsam mit der Bevölkerung ausweiten und die Wohngebiete von Durchgangsverkehr entlasten. Bei der Planung ist es uns besonders wichtig, durch neue partizipative Konzepte die ansässigen Bürger*innen einzubinden, zum Beispiel auch durch aufsuchende Bürger*innenbeteiligungsmodelle. Wir unterstützen Anwohnende, die sich für lebenswerte und sichere Kieze einsetzen.

Das unkontrollierte Abstellen von E-Rollern im Straßenraum stellt eine Unfallgefahr dar. Deshalb wollen wir das Abstellen nur noch an klar ausgewiesenen Stellflächen

erlauben. Dies soll mit Aufklärungsarbeit und Strafen für Betreiber und Nutzende durchgesetzt werden.

Wir wollen die Mobilitätsangebote für alle Neuköllner*innen überall im Bezirk verbessern. Jedes Haus muss erreichbar sein, auch für mobilitätseingeschränkte Menschen.

Den Ausbau von Radwegen und Fahrradstraßen werden wir bezirkswweit weiter vorantreiben. Dabei sorgen wir durch mehr Protektion für mehr Sicherheit. Um ein günstiges Leihfahrradangebot zu gewährleisten, machen wir uns dafür stark, dass die Förderung wieder aufgenommen wird.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau von E-Ladesäulen im öffentlichen Raum ein, damit klimafreundliche Mobilität in allen Kiezen unkompliziert möglich ist.

Ein starker öffentlicher Nahverkehr ist die Grundlage einer nachhaltigen Mobilität. Wir setzen uns weiterhin für eine Verlängerung der U7 zum Flughafen BER mit Station am Lieselotte-Berger-Platz ein. Für den Bau ist es uns besonders wichtig, nach Hamburger Vorbild CO₂-schonende Baustoffe und Bauweisen einzusetzen. Auch Buckow-West benötigt eine bessere ÖPNV-Anbindung.

Wir setzen uns für eine neue Tramlinie zwischen Johannisthal und den Buckower Feldern ein. Klar ist für uns dabei, dass eine Streckenführung durch die einspurige Fritz-Erler-Allee ausgeschlossen bleibt. Wir unterstützen den Ausbau der Tram-Strecken, auch im Norden des Bezirks -Pannierstraße und Sonnenallee. Dabei sind die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner besonders zu berücksichtigen. Gerade auch mit Blick auf Arbeitnehmende aus den Außenbereichen des Bezirks wollen wir das Park-and-Ride- und das Bike-and-Ride-Angebot ausbauen.

Bike- und Carsharing-Gebiete wollen wir ausweiten und dabei auch den Süden des Bezirks nicht vergessen. Hier setzen wir uns bei Bedarf für gezielte Förderungen ein, damit die Firmen einen finanziellen Anreiz haben, ihre Gebiete in die Ortsteile am Rand der Stadt auszudehnen. Innerhalb, aber auch bei Bedarf außerhalb des S-Bahn-Rings werden wir die Parkraumbewirtschaftung weiter ausbauen, um den Parkdruck für Anwohnende zu mindern.

In Südneukölln, insbesondere rund um die Gropius-Passagen und entlang der Buslinien in Rudow Richtung Flughafen BER und Schönefeld, besteht eine angespannte Parkplatzsituation. Wir setzen uns daher für eine sozialverträgliche Parkraumbewirtschaftung ein, die die Interessen der Anwohnerschaft in den Mittelpunkt stellt.

Wir fordern verstärkte Kontrollen des Ordnungsamts gegen Falschparker in besonders belasteten Gebieten, etwa rund um das Vivantes Klinikum Neukölln.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Bus 171 zuverlässig im 10-Minuten-Takt verkehrt, damit Fahrgäste aus Rudow und Britz besser an die Innenstadt sowie an den

S- und Regionalbahnhof Schönefeld – und damit auch an den BER – angebunden sind und zudem das Klinikum Neukölln zuverlässig erreichen können.

Uns ist bewusst, dass die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Praxis auch eine Frage der Finanzierbarkeit ist. Daher befürworten wir grundsätzlich eine Priorisierung der Maßnahmen nach ihrem Effekt (z.B. Stärke der Abkühlung bei Hitze oder CO₂-Reduktion) im Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten.

5. Sicher leben. Vielfalt schützen. Rechts stoppen!

Neukölln ist vielfältig und solidarisch – diesen Zusammenhalt wollen wir stärken. Dazu gehören sichere und saubere Kieze, eine starke Zivilgesellschaft und verlässliche Unterstützung für Nachbarschaft und Ehrenamt. Wir setzen uns für den Schutz vor Gewalt, Ausgrenzung und Kriminalität ein und treten Rechtsextremismus und Hass entschieden entgegen. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem alle Menschen angstfrei leben, mitreden und mitgestalten können.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und starke Demokratie

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Bezirk zu stärken, setzen wir auf die gezielte Unterstützung von Nachbarschaftsinitiativen. Zugänge zu Räumen und Fördermitteln müssen vereinfacht werden.

Wir wollen Räume schaffen, in denen Menschen über globale Krisen und Kriege ins Gespräch kommen können. Dort sollen Diskussionen, Begegnungen und Austausch auf Augenhöhe stattfinden – nach dem Prinzip von Projekten wie ‚Ich krieg die Krise‘.

Demokratische Strukturen wollen wir durch öffentlich finanzierte Kampagnen zur Förderung des Ehrenamts stärken. Bestehende zivilgesellschaftliche Netzwerke, die sich für demokratische Resilienz einsetzen wie beispielsweise das „Bündnis Neukölln“, Bezirksjugendring oder „Offenes Neukölln“ sollen weiterhin unterstützt werden.

Das Format „Ehrenamt im Rathaus“ wollen wir ausbauen, indem wir es auch zu Zeiten öffnen, die Berufstätigen eine Teilnahme ermöglichen.

Quartiersmanagements haben sich als wichtige Stützen in den Kiezen bewährt. Wir wollen bestehende Projekte sichern, auf weitere Quartiere ausweiten und auch nach Ende der QM-Förderung stabile Nachfolgestrukturen schaffen. Gleiches gilt für BENN-Projekte, die wir auch in neuen Unterkünften – etwa am Sangerhauser Weg oder an der Sonnenallee – verankern wollen. Kiezgruppen, altersübergreifende Zusammenschlüsse aus den Kiezen, wollen wir gezielt fördern, um Zugehörigkeitsgefühl und kollektive Handlungsfähigkeit vor Ort zu stärken.

Wir schlagen vor, ein öffentliches ‚Neuköllner Fest der Demokratie‘ einzuführen – als humanistisches Fest, das gesellschaftliche Werte sichtbar macht und das Grundgesetz feiert. Wir wollen in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin den Ethikunterricht stärken, weil es der gemeinsame Ort ist, an dem gesellschaftliche Werte und Normen besprochen und weitergegeben werden können.

Sauberkeit und Ordnung

Um das Müllproblem im Bezirk nachhaltig zu bekämpfen, setzen wir weiterhin auf den Dreiklang aus Prävention, Reaktion und Repression.

Aus diesem Grund unterstützen wir Aufklärungskampagnen wie Null-Müll-Neukölln, die für einen nachhaltigen Umgang mit unserem Besitz stehen. Denn der beste Müll ist jener, der gar nicht erst entsteht.

Die BSR-Kieztage wurden in Neukölln als Sperrmüllfeste entwickelt. Sperrmüllfeste wollen wir als niedrigschwellige Angebote zur Sperrmüllentsorgung verstetigen und bekannter machen. Aus unserer Sicht müssen die Kieztage pro Kiez zweimal im Jahr stattfinden.

Wichtig ist aber auch die Reaktion. Die bestehende Ordnungsamts-App wollen wir übersichtlicher gestalten, damit Meldungen niederschwelliger möglich sind, und durch eine Informationskampagne stärker bekannt machen, um ihre Nutzung im Alltag zu erhöhen. Digitale Plattformen wie nebenan.de wollen wir gezielt in Ordnung- und Sauberheitskampagnen einbinden, um Nachbarschaften besser zu vernetzen und gemeinsame Aktionen zu fördern. Das Ordnungsamt wollen wir weiter stärken.

Mit Unterstützung des Land Berlins wollen wir mit der BSR flexiblere Reinigungsverträge vereinbaren, die an die tatsächlichen Bedarfe angepasst werden – etwa durch häufigere Reinigungen an besonders belasteten Orten und durch kurzfristig anpassbare Zusatzreinigungen.

Illegale Abfallentsorgung ist aber nicht nur ein Schaden an der Umwelt, sondern auch kriminell. Deshalb muss auch die repressive Säule gestärkt werden. Der Bezirk hat sich erfolgreich mit den Waste-Watchern für eine moderne Ahndung eingesetzt. Wir brauchen aber die personelle Stärkung der bezirklichen Ordnungsämter, um hier effektiver handeln zu können. Wir begrüßen die Erhöhung der Bußgelder und fordern auch die konsequente Ahndung von Müllsündern.

Gewerbliche Verschmutzungen des öffentlichen Raums – etwa durch Abfälle, die aus Geschäften auf die Straße gelangen – wollen wir konsequenter ahnden.

Zur Regulierung der Taubenpopulation setzen wir auf den Ausbau von Taubenschlägen mit konsequenter Ei-Entnahme. Zur Bekämpfung der Ratten in Neukölln setzen wir auf nachhaltiges Rattenmanagement und mehr Aufklärung für Mieter*innen und Eigentümer*innen – etwa durch Informationsmaterialien des Umweltbundesamtes und verpflichtende Aushänge in Wohnhäusern.

Wir wollen Pfandringe an Mülleimern einführen, damit Pfandflaschen geordnet abgestellt werden können und nicht mehr aus Abfalleimern gesammelt werden müssen.

Um Müll auch im Kontext von Müllvermeidung und Nachhaltigkeit zu denken, halten wir die Prüfung eines „Nochmall“-Standortes der BSR in Neukölln für sinnvoll.

Wir werden die Zahl der Glücksspielhallen in Neukölln weiter reduzieren und durch konsequente Kontrollen des Ordnungsamts sicherstellen, dass die bestehenden gesetzlichen Regeln eingehalten werden.

Sicherheit

Wir stehen für einen durchsetzungsfähigen starken Staat, denn die Einhaltung des Rechts ist eine Grundvoraussetzung für eine gerechte und weltoffene Gesellschaft. Nur Reiche können sich Sicherheit auch privat kaufen. Die meisten Menschen vertrauen zurecht darauf, dass der Staat Sicherheit und Ordnung gewährleistet. Wir arbeiten daran, dass sich jeder Mensch in Neukölln sicher und zu Hause fühlen kann.

Für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum fordern wir mehr Kontaktbereichsbeamt*innen mit Schwerpunkten auf Präsenz, Nahbarkeit und rassismuskritischer Sensibilisierung. Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen wollen wir Schutzkonzepte gegen Gesundheitsgefahren durch Spritzen im öffentlichen Raum entwickeln – mit besonderem Fokus auf Kitas, Spielplätze, Schulhöfe und Parks. Ein Rauchverbot und Alkoholverbot auf Spielplätzen soll über eine Initiative auf Landesebene durchgesetzt werden.

Wir wollen den Schutz vulnerabler Gruppen – etwa queerer, jüdischer, muslimischer oder älterer Menschen u.a. – durch eine enge Zusammenarbeit mit Betroffenenorganisationen gezielt verbessern.

Wir wollen queerfeindliche Gewalt entschieden bekämpfen. Dazu stärken wir auch die Präventionsarbeit in Schulen und bauen die Unterstützung für Träger, die in diesem Bereich arbeiten, weiter aus.

Wir wollen Angsträume im Bezirk beseitigen, indem wir Parks und Wege besser beleuchten und unübersichtliche Stellen – wie etwa an der Blaschkoallee – baulich öffnen und einsehbarer machen.

Kitas, Schulen und Horte müssen so gesichert werden, dass Kinder nicht durch Spritzen im Umfeld gefährdet werden. Dazu gehören bauliche Maßnahmen wie sichere Zäune ebenso wie regelmäßige Kontrollen. Zum Schutz von Schulen setzen wir uns für eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Wachschutz und Schulen ein, damit Sicherheit auf dem Gelände und im Umfeld gewährleistet bleibt – ohne dabei das offene Klima der Schulen zu gefährden.

Wir stehen dafür, dass die Bekämpfung organisierter Kriminalität gezielt, konsequent und mit klaren Schwerpunkten erfolgt. Wir fordern mehr Ermittlungskapazitäten, um die Strukturen organisierter Kriminalität zu zerschlagen sowie schärfere Gesetze zur Verhinderung von Geldwäsche und zur Abschöpfung von verdächtigem Vermögen.

Wir setzen uns konsequent gegen jegliche Gewalt gegen Frauen ein. Die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen muss auch auf Bezirksebene konsequent umgesetzt werden.

Im häuslichen Umfeld setzen wir uns für den Ausbau und die finanzielle Absicherung von Schutzmaßnahmen bei häuslicher Gewalt ein – von Beratungsstellen über Frauenhausplätze bis hin zu niedrigschwelligen Hilfsangeboten. Jugendamtsmitarbeitende und die Justiz sind in Berlin in Bezug auf den Umgang mit gewaltbetroffenen Kindern und Elternteilen zu schulen, um diese im Bereich Trennung, Scheidung und Umgang vor weiterer Gewalt effektiv zu schützen. Immer öfter werden solche Schulungen von sogenannten „Vätervereinen“ bzw. „Väterrechtlern“ angeboten. Ihr Schulungsziel ist, die männliche Perspektive der gewaltausübenden Männer bei den Mitarbeitenden in den Ämtern zu etablieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die vom Bezirksamt genutzten Schulungsangebote entsprechend überprüft werden und nur qualitativ einwandfreie Organisationen mit Schulungen in diesem sensiblen Bereich schulen dürfen. Gewaltprävention muss als Querschnittsaufgabe in der Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit gestärkt werden.

Wir wollen zusätzliche Schutzwohnungen – auch mit Unterstützung des Bundes – schaffen und durch öffentliche Kampagnen das Bewusstsein für häusliche Gewalt schärfen. Gleichzeitig stärken und vernetzen wir die Träger im Bezirk, die betroffene Frauen und Familien unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, die genderspezifische Präventionsarbeit zur Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen auch im Bezirk Neukölln wirksamer zu gestalten. Die Präventionsarbeit soll in Kooperation mit Einrichtungen in den Kiezen und Initiativen vor Ort durchgeführt werden. Wir befördern hier die Zusammenarbeit z.B. mit der Frauenschmiede, MaDonna, der AWO Frauenberatung und der Schilleria. Darüber hinaus müssen bestehende Initiativen zur Sensibilisierung männlicher Jugendlicher, wie zum Beispiel die Heroes, ausgebaut werden. Wir ergreifen konkrete Maßnahmen gegen den sich ausbreitenden Frauenhass durch präventive Sensibilisierung bereits bei Schulkindern.

Kampf gegen Rechts

Der Schutz der Demokratie ist Grundlage unserer sozialdemokratischen Haltung. Wir stehen immer solidarisch an der Seite der Betroffenen rechter Gewalt. Der Kampf gegen Rechts ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Die Neuköllner SPD bekämpft dabei nicht nur rechtsextreme Parteien und Netzwerke, sondern auch die Verbreitung rechtsextremistischer Verschwörungserzählungen, die das Vertrauen in Staat und Gesellschaft untergraben. Rechtsextreme Straftaten müssen konsequent verfolgt werden – auch im digitalen Raum.

Eine zeitgemäße und verantwortungsvolle Gedenkkultur mit klarer antifaschistischer, wissenschaftlicher und kolonialkritischer Ausrichtung gehört zu unserer demokratischen Verantwortung. Dazu zählen für uns Gedenkveranstaltungen, Erinnerungstafeln, Stolpersteine, Ausstellungen und Bildungsformate, die wir in enger Kooperation mit Schulen und lokalen Geschichtsinitiativen unterstützen.

Gleichzeitig wollen wir die Medienkompetenz junger Menschen stärken: In der Jugendarbeit soll Medienpädagogik gezielt gefördert werden, damit Jugendliche die Gefahren rechter Radikalisierung im Netz erkennen und Strategien entwickeln, um ihnen wirksam zu begegnen.

Prävention von Rechtsextremismus beginnt mit Aufklärung und lebendiger Bildungsarbeit. Demokratiebildung wollen wir institutionell absichern, vor allem in Schulen, Jugendeinrichtungen und im Ehrenamt. Wir wollen Fahrten zu Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager und Ausstellungen zur NS-Zeit gezielt fördern – in enger Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Schüler*innen und außerschulischen Partnern wie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Für Lehrende braucht es praxisnahe Fortbildungen, die sie im Umgang mit rechtsextremen Ideologien stärken. Schülerinnen und Schülern sollen in Workshops die Gefahren von Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit aufgezeigt und Handlungsmöglichkeiten vermittelt werden. Konkret setzen wir uns dafür ein, dass an allen Neuköllner Schulen Projektwochen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, etwa in der 8. Klasse, verbindlich stattfinden.

Wir fordern die regelmäßige Erstellung eines Berichts über Rechtsextremismus im Bezirk. Dieser Bericht muss nicht nur die aktuelle Lage transparent machen, sondern auch konkrete Maßnahmen nach sich ziehen. Zudem wollen wir bedrohte Verbände und Initiativen – wie etwa die Falken, die evangelische Kirche und andere zivilgesellschaftliche Akteure – langfristig stärken und ihnen durch Schutz und Unterstützung die notwendige Sicherheit geben.

Auch in der Verwaltung braucht es klare Haltung. Deshalb setzen wir uns für verbindliche diskriminierungskritische Fortbildungskonzepte ein, die alle Mitarbeitenden für Diskriminierung sensibilisieren und eine Verwaltungspraxis fördern, die Vielfalt achtet und schützt.

Wir schließen jede Zusammenarbeit mit Parteien und Verbänden außerhalb des demokratischen Spektrums aus, dazu zählen für uns insbesondere Parteien und Organisationen, die als gesichert rechtsextrem eingestuft sind. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass ihnen die Nutzung bezirklicher Räume verwehrt wird. Wir werden keinen Stadtrat in der BVV unterstützen, der außerhalb des demokratischen Spektrums steht – nicht mit einer einzigen Stimme.

Wir fordern, dass eine Mitgliedschaft in Parteien, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft sind – wie die AfD –, unvereinbar mit dem Beamtenverhältnis, auch im Neuköllner Bezirksamt, ist. Wer im Staatsdienst arbeitet, muss uneingeschränkt auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und unsere Demokratie schützen, anstatt sie von innen heraus zu gefährden.